



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Michael Kaufmann
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT

POSTANSCHRIFT

TEL

FAX

INTERNET

DATUM

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2022**
HIER Arbeitsnummer 6/278

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann
vom 24. Juni 2022
(Monat Juni 2022, Arbeits-Nr. 6/278)

Frage

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um das drohende Szenario auf deutschen Straßen zu verhindern, welches die Chefin von Europol, Catherine de Bolle befürchtet, weil in Kürze die Kriegswaffen aus der Ukraine den europäischen Schwarzmarkt überschwemmen könnten (Zitat de Bolle: „...Niveau an Gewalt auf den europäischen Straßen, wie wir es noch nie gesehen haben. Bislang kannten wir das nur aus Lateinamerika.“; <https://www.welt.de/politik/ausland/plus239012703/Europol-Chefin-NiegesehenesNiveau-an-Gewalt-auf-Europas-Strassen.html>)?

Antwort

Aktuell kann noch keine valide Aussage dahingehend getroffen werden, ob sich der Angriffskrieg auf die Ukraine auf die Waffen- / Sprengstoffkriminalität in Deutschland auswirken wird.

Auf europäischer Ebene haben sowohl EMPACT (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats – Priorität Firearms Trafficking) als auch der Rat für Justiz und Inneres (JI-Rat) diese Thematik zum Anlass genommen, Strategien zu definieren, um den potentiellen Auswirkungen des Angriffskriegs ganzheitlich zu begegnen. Die Bundesregierung ist hier aktiv eingebunden.

Auch das Bundeskriminalamt (BKA) bringt sich auf internationaler Ebene in die entsprechenden Fachgremien ein und evaluiert die Lageentwicklung in Bezug auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Darüber hinaus sensibilisiert das BKA auf nationaler und internationaler Ebene hinsichtlich der potentiellen Gefahr, dass Waffen aus dem Gebiet der Ukraine auf illegalem Wege in die Europäische Union und die Bundesrepublik gelangen könnten.